

Kurzreferat auf der LMV der DKP Saarland am 24.07.22:

Unsere Antworten auf die Zuspitzung der sozialen Krise

Liebe Genossinnen und Genossen,

nicht erst durch den Russland-Ukraine-Krieg sondern bereits davor haben sich in unserem Land die sozialen Widersprüche und Probleme weiter zugespitzt.

Krisen führen meist dazu, dass die Unterschiede größer werden und sich Ungleichheit wie in einem Brennglas deutlicher zeigt. Die Schere zwischen Reich und Arm, die seit Jahrzehnten immer weiter auseinandergeht, hat sich insbesondere in den letzten 2-3 Jahren weiter auseinanderentwickelt.

Der Club der Reichen ist im Corona-Krisenjahr 2020 weiter gewachsen. Weltweit und auch in Deutschland ist die Zahl an Einkommensmillionären gestiegen. Und nicht nur die Zahl der Millionäre an sich ist gestiegen, auch ihr Vermögen. Das Gesamtvermögen der deutschen Einkommensmillionäre stieg um 6,8 Prozent auf rund 5,85 Billionen Dollar. Dazu trugen vor allem steigende Aktienkurse und Immobilienpreise bei. Im Saarland ist die Zahl sogenannter Einkommensmillionäre zwar sehr überschaubar, aber auch in unserem kleinen Land ist die Zahl gewachsen. 2017 waren es bereits 131, ein Drittel wohnhaft im Regionalverband Saarbrücken. Wie es aktuell aussieht, dazu fehlen noch die Zahlen.

Demgegenüber die anderen Zahlen, die im 2. Armuts- und Reichtumsbericht vor knapp 14 Tagen von der saarländischen Landesregierung veröffentlicht wurden. Absolut erschreckend und das, obwohl die Basisdaten noch aus dem Zeitraum vor Corona, stark steigender Inflation und Krieg erhoben wurden. Als armutsgefährdet gilt, wer 60 Prozent oder weniger des durchschnittlichen Einkommens zur Verfügung hat. Für eine Einzelperson sind dies weniger als 1.108 Euro im Monat.

Etwa 16 Prozent der Menschen im Saarland hatten im Jahr 2020 weniger Geld im Monat zur Verfügung und waren somit von Einkommensarmut bedroht. Das sind rund 160.000 Saarländerinnen und Saarländer.

Rentnerinnen und Rentner, Alleinerziehende und kinderreiche Familien sowie Menschen mit Migrationshintergrund sind besonders armutsgefährdet. Bei Familien mit 2 Kindern gab es v.a. seit 2017 einen deutlichen Anstieg des Armutsrisikos.

Bei Nichterwerbstätigen, hierunter sind in dem Bericht Rentner*innen, Pensionär*innen, Hausmännern bzw. Hausfrauen usw. zu verstehen, war jeder Vierte von einem Armutsrisiko bedroht. Bei Alleinerziehende sind 41,2% und bei Migrant*innen 42 % bedroht.

Höher als die durchschnittliche Armutsquote im Saarland ist die der Kinderarmut und die der Altersarmut. Jedes 5. Kind und jede/r fünfte Rentner*in sind von Armut betroffen.

Im Armuts- und Reichtumsbericht wird auch deutlich, dass es bestimmte Orte gibt, die besonders von Armut und Armutsgefährdung betroffen sind. Saarbrücken, Völklingen, Sulzbach und Neunkirchen sind deutlich stärker betroffen als andere Städte n oder Gemeinden.

In Saarbrücken, Völklingen und Neunkirchen erhält beispielsweise jedes dritte Kind unter 15 Jahren selbst oder indirekt von Sozialgeld nach SGB II ab; bei den 15- bis 17-Jährigen ist es mehr als jeder vierte Jugendliche. Ebenso ist die Zahl von Personen über 65 Jahren die Grundsicherungen beziehen in diesen Städten höher. Der Anteil der Arbeitslosen liegt in Neunkirchen wie in Saarbrücken und Völklingen bei über 13 Prozent.

Innerhalb der Städte wiederum konzentrieren sich diese Probleme auf bestimmte Stadtteile. In Saarbrücken sind es insbesondere die Stadtteile Malstatt und Burbach.

Wie schon gesagt, die Ergebnisse der Armuts- und Reichtumsbericht berücksichtigen nur zum Teil die weiteren Verschlechterungen der Lebenssituation aufgrund von Corona und die der starken Inflation und des Krieges überhaupt nicht. Jede von uns weiß daher, dass die Zahlen in Punkto Armut und Armutsgefährdung im Saarland nicht besser sondern noch brisanter geworden sind.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Zur Zeit wird fast täglich seitens der Politik darüber diskutiert, was getan werden könnte, um extreme Belastungen, insbesondere durch die steigenden Energiekosten und die Inflation bedingt, zu verringern. Das, was an Maßnahmen bisher beschlossen wurde, ist für die besonders betroffenen Personen eigentlich nur ein Tropfen auf den heißen Stein bzw. noch nicht mal das, da bestimmte Gruppen bei den Maßnahmen „vergessen“ oder bewusst ausgelassen wurden, wie z.B. die Rentner*innen und Student*innen bei der sogenannten Energiepreispauschale von 300 Euro.

Eine absolute Unverschämtheit sind die Äußerungen der FDP und ihrer Bundesminister bei verschiedenen Maßnahmen, die in die Diskussion geworfen werden.

Beispielsweise bringt Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) den Vorschlag ein, die Regelsätze für Hartz-IV-Empfänger zu erhöhen. Seitens der FDP wird dieser Vorschlag entschieden zurückgewiesen. Mit Hartz IV konnte man seit dem es dies gibt kein menschenwürdiges Leben führen. Aufgrund der gestiegenen Lebenshaltungskosten, bedingt durch die Inflation, ist es nicht nur ein Hohn, sondern eine absolute Kaltschnäuzigkeit, eine Erhöhung des Regelsatzes abzulehnen. Mit dem Mitte der Woche vorgelegten Entwurf eines Bürgergeldes plant die Bundesregierung eine Reform der Grundsicherung. Sozialverbände und Gewerkschaften begrüßen diese geplante Neuregelung. Zu Recht wird von ihnen aber kritisiert, dass die Regelsätze dringendst angepasst werden müssen, um eine tatsächliche Verbesserung darzustellen. Die DGB-Vorsitzende Fahimi sagt dazu: „Ein neues Verfahren zur

verbesserten Herleitung und deutlichen Erhöhung der Regelsätze muss noch konkretisiert werden. Ohne Regelsatzerhöhung bliebe die Reform halbherzig und verlöre den Charakter eines Fortschrittsprojekts. Notwendig ist ein reales Plus über den Inflationsausgleich hinaus. Alle, die Grundsicherung erhalten, Rente beziehen oder über geringe Einkommen verfügen, brauchen angesichts der Teuerung schnell spürbare Unterstützung. Dafür muss die Ampel ein Gesamtpaket schnüren".

Ebenso unverschämt sind die Zurückweisung eines Gas- und Stromsperren-Moratoriums durch die FDP. Justizminister Buschmann von der FDP hält dies für unnötig, da wir ein „soziales Mietrecht“ hätten und dies sei ausreichend. Inwieweit das Mietrecht mich vor Strom- und Gassperren schützt, wenn ich die Rechnungen nicht mehr zahlen kann, kann ich nicht nachvollziehen, da das eine nichts mit dem anderen zu tun hat.

Als regelmäßiges Totschlagargument bei Diskussionen über mögliche Entlastungen wird von Lindner und anderen die Schuldenbremse genutzt. Von Übergewinnsteuern und Reichensteuern will man nichts wissen. Einer weiteren Unterstützung des 9-Euro-Tickets wurde von Lindner erst gestern eine Absage erteilt. Und das, obwohl dieses Ticket für viele eine tatsächliche Entlastung darstellt und darüber hinaus noch einen Beitrag leistet, um endlich von dem unsäglichen Individualverkehr wegzukommen. Auch die Kosten für dieses Ticket sind geradezu erschwinglich. Es würde den Staat gerade mal 10-12 Milliarden pro Jahr kosten.

Es ist klar, dass es zu sich weiter zuspitzenden Problemen für die Mehrheit der Menschen bei uns kommen wird. V.a. die horrend steigenden Energiepreise alleine sind bereits ausreichend, um bis in die Mittelschicht hinein finanzielle Probleme zu bereiten. Die im Frühjahr 2023 zu erwartenden Nachzahlungen für Energie (sei es Strom oder Gas) werden nicht nur diejenigen, die bereits jetzt armutsgefährdet sind über das Mögliche hinaus belasten.

Die Energiepreisstopp-Kampagne des PV und unsere Umbaukampagne „Umbau für die Saarländer*innen – nicht für den Profit! Energiepreise senken!“ sind richtige Antworten auf die Probleme der Menschen in unserem Land.

Unsere Forderung nach einer Millionärssteuer ist zwar schon etwas älter, hat aber an Aktualität und Notwendigkeit nichts verloren. Mit Millionärssteuer und Übergewinnsteuern könnten Maßnahmen finanziert werden, mit denen die derzeitige Kostenexplosion gerade für Menschen mit geringerem Einkommen abgefedert werden könnte.

Auch unsere Forderungen und Positionen in Punkto Wohnungsbau und Wohnungssituation sind weiter aktuell. Nach wie vor ist der soziale Wohnungsbau vollkommen unterentwickelt und unzureichend. Im Saarland ist der Bestand der Sozialwohnungen seit 2005 von 5.000 auf inzwischen unter 500 gesunken. 2020 kamen auf 1.000 Saarländer*innen gerade mal 0,7 Sozialwohnungen. Und nicht nur dort besteht großer Bedarf. Generell fehlt es an bezahlbarem Wohnraum.

Leider sind unsere Umbaukampagne und auch die Energiepreisstopp-Kampagne des PVs durch den Ukraine-Russland-Krieg nicht richtig angelaufen und dümpeln vor sich her.

Gewerkschaften und Sozialverbände aber auch die Partei Die Linke oder attac haben Forderungen aufgestellt wie steigenden Energiekosten, Kostenexplosion und weiterer Verarmung entgegengewirkt werden kann.

Erfreulich ist, dass es zum Teil auch schon neue Bewegungen gibt, wie z.B. im Nauwieser Viertel, die sich gegen eine Gentrifizierung des Viertels wenden und gegen steigende Mieten mobilisieren.

Wir sollten versuchen, unsere Kampagne stärker bekannt zu machen und Unterstützer*innen hierfür zu finden. Es wird wichtig sein, wie und ob es gelingt, nicht nur alleine unsere Forderungen in die Diskussion zu bringen, sondern mit anderen Kräften diese Forderungen zu diskutieren und eventuell in Bündnissen den Forderungen Nachdruck zu verleihen. Breite Bündnisse sind nicht nur wichtig um Druck auf die Politik in diesen Fragen auszuüben. Breite Bündnisse können dabei mithelfen, nationalistischen und faschistoiden Kräften in diesen Bereichen die Bühne für ihren Populismus zu nehmen.